

Wohnungsnot und Wohnungsbau

Aufgabe

a) Vergleiche die Pläne der unterschiedlichen Wohnungs- und Haustypen (Materialien A-D), die in Rastatt geplant und zum Teil auch umgesetzt wurden.

Achte auf:

- die Größe der Wohnungen,
- die Möglichkeit Gemüse anzubauen oder
- Tiere zu halten und
- die Küche.

Welche Wohnungen bieten den besten Wohnkomfort?

Warum entwickeln sich die Wohntypen so unterschiedlich? Denke an die Finanzen!

b) Vergleiche die Materialien unter **A.** und **B.** miteinander und entscheide, für welche der beiden Materialien die Aussage zutrifft.

	Baugenossen- schaft Gartenstadt	Reichswohnungs- bauprogramm
Die Menschen können eigenes Gemüse anbauen.		
Die Wohnungen haben für Familien genügend Platz.		
Die Wohnungen sollen in erster Linie billig sein.		
Der Mensch soll sich in der Gemeinschaft wohlfühlen, was durch gemeinsame Anlagen in den Wohnhäusern gefördert wird.		
Die Wohnungen haben Bad und Dusche.		
Die Wohnungen sind insgesamt sozial verträglich, entsprechen also gewissen Maßstäben.		

c) Erkläre, warum es solche Unterschiede zwischen den Wünschen der Baugenossenschaft Gartenstadt und der Baupolitik des Reiches gibt, die die Stadt 1930 unterstützt.



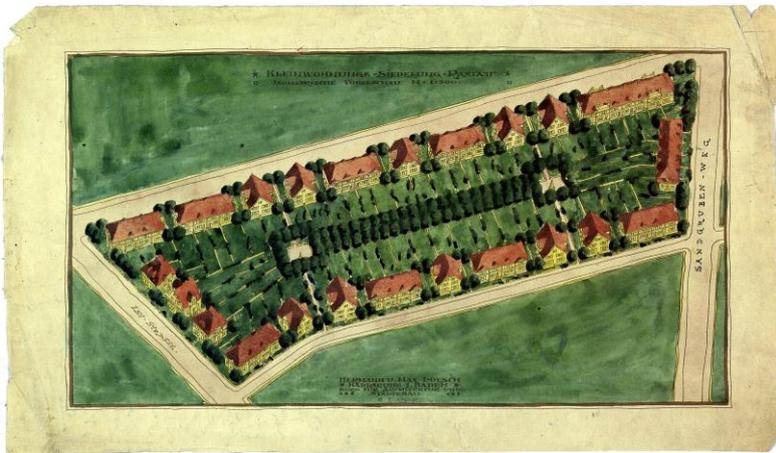
Infotext:

Wie in anderen Städten auch, war die Wohnungsnot nach dem Ende des Krieges eines der größten Probleme in Rastatt.

Die ausgewiesenen Reichsdeutschen aus dem Elsass und Lothringen mussten aufgenommen werden, ebenso die Kriegsheimkehrer, Kriegsverwundeten, Kriegsgefangenen und das französische Militär, die ebenfalls Wohnraum beanspruchten. Bereits vor dem Krieg fehlte bezahlbarer Wohnraum. Staatliche Gesetze – die Reichsverfassung von 1919 und eine Flut von Verordnungen und Erlassen – steuerten die Wohnungspolitik, die von reichsweiten Bauprogrammen und Förderungen abhing.

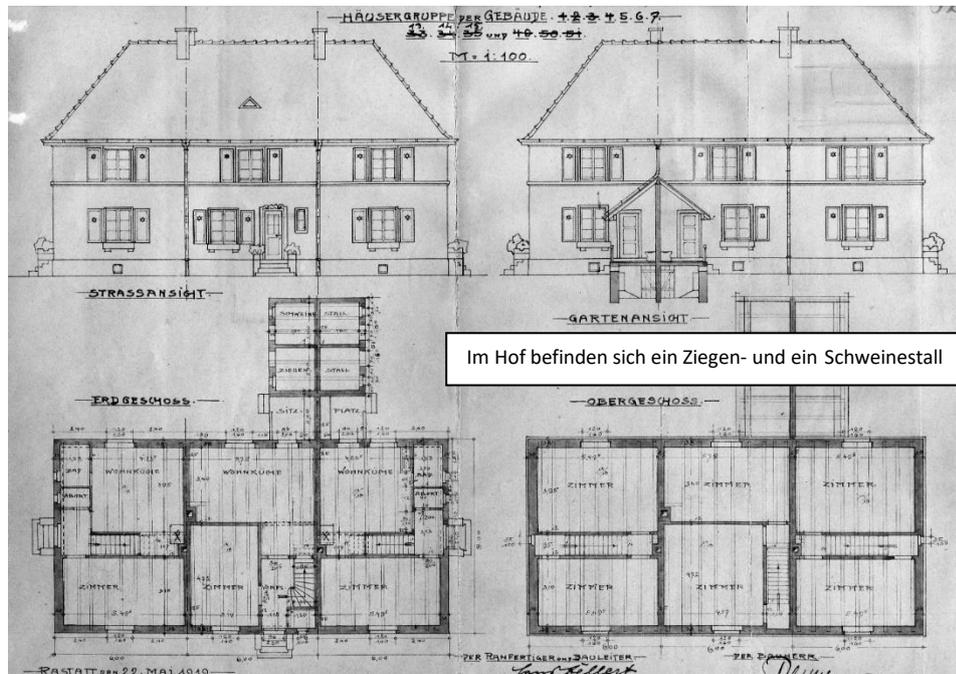
Vor allem die Baugenossenschaften sorgten mittels Zuschüssen der Stadt, des Landes Baden und anderer Vergünstigungen (Grundstücke, Erschließung von Baugebieten) für bezahlbaren Wohnraum.

Material A: Entwurf für die Gartenstadt, Februar 1919

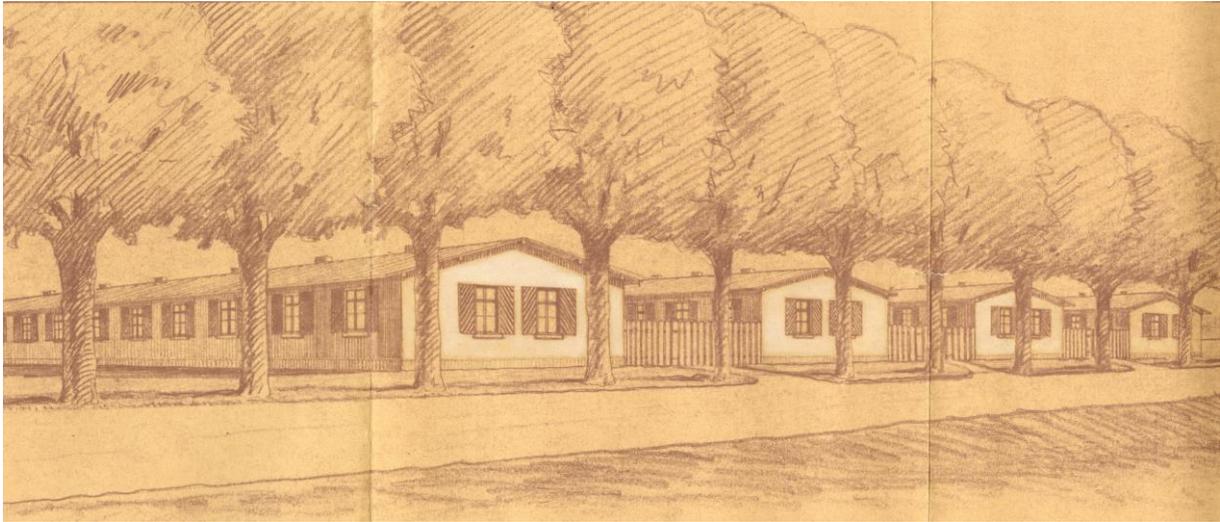


© Stadtarchiv Rastatt

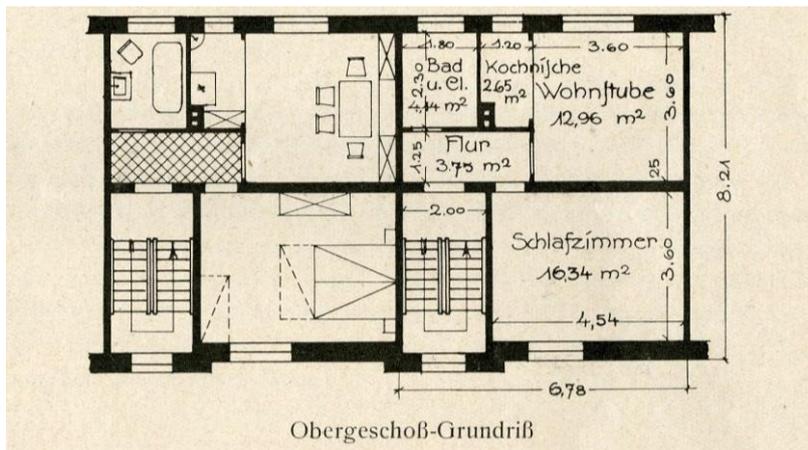
Material B: Pläne zu Häusern in der Gartenstadt: Haus – und Gartenansicht, Mai 1919



© Stadtarchiv Rastatt A 1941

Material C: Pläne für Barackenbauten als Notwohnungen an der Kehler Straße, 1928

© Stadtarchiv Rastatt

Material D: Entwürfe für Kleinwohnungen mit Küchenzeile, 1930

© StRa A 446, fol. 13

A. Infotext und Quellen zur Baugenossenschaft Gartenstadt

Die Gartenstadtbewegung entstand bereits im Zuge der Industrialisierung lange vor dem Ersten Weltkrieg in England. In Berlin gründete sich 1902 die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft, in Rastatt wurde 1909 die Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt unter dem Architekten und Bezirksbaumeister Bernhard Biesdorf ins Leben gerufen. Pläne für das Gartenstadtprojekt wurden bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit der Stadt verhandelt, aber kamen im Ersten Weltkrieg zum Erliegen.

① Erste Satzung der Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt:

Unter Zugrundelegung eines technischen und künstlerisch befriedigenden Bebauungsplanes sollen den Bewohnern gesunde und schöne Wohnungen, eventuell Arbeitsstätten und Gelegenheit zum Gartenbau gegeben werden. Ferner sollen gemeinnützige Einrichtungen

aller Art geschaffen werden, die der Bildung von Geist und Körper dienen. Die Genossenschaft soll der Verbilligung, Verbesserung und Geschmacksbildung im Wohnungswesen dienen.

© Stadtarchiv RA A 437-fol.45

② Schreiben der Baugenossenschaft Rastatt am 4. Januar 1927

Antwort auf eine Anfrage der Stadt, ob Genossenschaft Wohnungen bauen kann.

1. Die Genossenschaft ist gerne bereit, den Bau von 30 - 40 Zweizimmerwohnungen in dreigeschossig ausgebauten Doppelhäusern mit je 6 oder 12 Wohnungen im Gelände der Friedrichsfeste oder an der Karl Schurzstrasse unter Aufbringung von 20 % Eigenkapital zu übernehmen, sie müsste jedoch das städtische Baudarlehen, wenn sie die Wohnungen um RM 30.- monatlich vermieten soll, zu einem 2 %igen Zinsfuß erhalten.
2. Das Gelände in der Rosenstrasse wäre mit der dort bereits vorhandenen Bebauung für den in Ziffer 1 von uns in Aussicht genommenen Haustyp ungeeignet.
3. Den Bau von Einzimmerwohnungen kann die Genossenschaft nicht vertreten. Für die Genossenschaft ist die bescheidene Zweizimmerwohnung die kleinste Kleinstwohnung, die man einer ordentlichen Familie zumuten kann.

© Stadtarchiv Rastatt A 374

B. Informationen zum Reichswohnungsbauprogramm

Mitte August 1930 hatte der Badische Städtebund festgestellt, dass *die Zahl der laufend unterstützten Wohlfahrtserwerblosen [...]* sich bis Ende 1929 um mehr als verdreifacht hatte:

Die Reichsregierung versuchte mit einem Reichswohnungsprogramm die Not zu lindern. Fördermittel in Höhe von 100 Mio. Reichsmark wurden in Aussicht gestellt: *die für einfache Wohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung zu tragbaren Mieten verwendet werden sollten.* (Katalog S. 74)

Die Finanzierung musste die Landesversicherungsanstalten durch Hypotheken zu günstigen Zinsen ermöglichen.

② Bedingung:

Bevölkerung Rechnung tragen. Zu diesem Zwecke ist in der Regel die Wohnfläche der Wohnungen auf 32 bis 45 qm zu beschränken; soweit die Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern bestimmt sind, können grössere Wohnflächen aber höchstens solche bis zu 60 qm zugelassen werden. Es muss Vorsorge getroffen werden, dass diese Ausnahme, die nur Familien mit mehreren Kindern zu gute kommen soll, nicht zu einer allgemeinen Vergrößerung der Wohnfläche missbraucht wird. Die Anlage zentraler Einrichtungen wie Sammelheizung, Warmwasserbereitung, maschinelle Gemeinschaftswaschküche kommt nicht in Betracht. Auf die Einrichtung von Bädern in den einzelnen Wohnungen wird zu verzichten sein. Duschanlagen sind zulässig.

© Stadtarchiv Rastatt A 446, fol. 3

Erwartungshorizont:

a) fortschrittlichste: Gartenstadt mit viel Grün für Vieh und Gemüse, Wohnküchen, Gemeinschaftseinrichtungen

am wenigsten fortschrittlich: Kleinwohnungen mit Kochnische und einem Schlafzimmer

Gründe:

> Platz und Selbstversorgung

> Geldnot

b) Baugenossenschaft: Bildung von Körper und Geist; Wohnung muss sozialem Miteinander dienen und Wohlfühlfaktor bieten

Handwerkerbaugenossenschaft: gewinnorientierter und/oder preisgünstig

c) 1. Extrem hoher Wohnungsmangel > Kosten

2. Finanzierungsprobleme

3. mangelnde politische Unterstützung

4. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

d) Bewertung: OB Renner ist bemüht, die Notlage zu lindern, indem er eine doch hohe Zahl städtischer Wohnungen bauen lässt, muss aber den wirtschaftliche Umständen Rechnung tragen (Kleinstwohnungen, Vergabe von Projekten an die HBG statt an die Gartenstadt etc.)

Extra für die Beurteilung:

Oberbürgermeister Renner berichtet am 13.9 1919:

die von uns eingerichteten Notwohnungen [stehen] was Gesundheit, Luft, Licht und Wärme und Solidarität anbelangt, jedenfalls über dem [...], was man im Durchschnitt sonst in anderen Städten an Notwohnungen, mit Baracken, Wirtssälen und dergl. bietet.

© StRa A 494

Rastatter Tagblatt 27.2.1918 (vor Ende des Krieges): Eine amtliche Untersuchung hatte 1918 tatsächlich ergeben, dass die hiesigen Wohnverhältnisse mit zu den traurigsten des ganzen Landes gehören.

Hinweis:

Die Siedlungen im Zay und in der Gartenstadt stehen noch heute.